

Wirtschaftspolitik

Standpunkte

Inhalt

So heizt Österreich Heizungsarten und Energieträger in österreichischen Haushalten im sozialen Kontext	2
Phase-Out bei Heizsystemen gelingt nur mit einem ausgewogenen und sozial verträglichen Maßnahmenbündel	11
Der Europäische „Green-Deal“ Eine glaubwürdige Chance im Kampf gegen die Klimakrise?	13
Direktinvestitionen & Verlagerungen Wie stark verschiebt sich die Wertschöpfung ins Ausland?	17
Der Agrarsektor im Regierungsprogramm Vage bei Klimazielen – konkret bei Budgeterhöhungen	25
Wasser Gemeinschaftsgut oder doch Industriekapital?	29
Fährt ein Zug nach nirgendwo Reales Sozialdumping mit „immateriellen Arbeitsplätzen“	32

EDITORIAL

Die türkis-grüne *Regierung hat ihr Programm* mit ihren politischen Zielen für die nächsten 5 Jahre vorgelegt. Gerade im Kapitel *Klimaschutz und Energie* liest es sich durchaus ambitioniert. Was sich jedoch wie ein roter Faden durch das Klimaschutzprogramm der Regierung zieht, ist die fehlende Finanzierung der geplanten Maßnahmen. Auch für den *landwirtschaftlichen Bereich* sind zwar die Ausgaben ziemlich konkret, die Klimaziele hingegen sehr vage. Ein Gelingen der Klimawende wird davon abhängen, ob die notwendigen Mittel zum Umbau der Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Das betrifft auch eines der zentralen Projekte im Kapitel Klimaschutz, den *Ausstieg aus der fossilen Wärmezeugung („Phase-Out“)*. In dieser Ausgabe der „Wirtschaftspolitik-Standpunkte“ gibt es erstmalig Daten, Fakten und Zahlen über *Heizungssysteme in Österreichs Haushalten* die durch das Forschungsinstitut Economics of Inequality an der Wirtschaftsuniversität Wien im Auftrag der Arbeiterkammer erhoben wurden. Auch auf der europäischen Ebene beschäftigt man sich im Zuge des *„Green Deal“* mit dem umfangreichen Änderungsbedarf. Es braucht jedenfalls eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Investitionen, u.a. auch für Infrastruktur und öffentlichen Verkehr. Unserer Überzeugung nach kann ein Abwenden der Klimakrise nur gelingen, wenn der Umstellungsprozess niemanden zurücklässt. Für einen sozial gerechten Übergang - einen *„Just-Transition“-Prozess* - muss auch die Verteilungsfrage eine wichtige Rolle spielen, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden gesichert bleiben soll.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünschen Ihnen

Vera Lacina & Michael Soder

So heizt
Österreich
HEIZARTEN &
ENERGIETRÄGER
im sozialen
Kontext





Ein Kommentar von Sandra Matzinger & Dorothea Herzele

ABTEILUNG WIRTSCHAFTSPOLITIK, AK-WIEN

Phase-Out bei Heizsystemen gelingt nur mit einem ausgewogenen & sozial verträglichen Maßnahmenbündel

Die umfangreichen Auswertungen des INEQ-Instituts, wovon einige ausgewählte Ergebnisse im vorigen Beitrag präsentiert wurden, zeigen eines deutlich auf: Mit singulären und einfachen Lösungswegen wird ein Phase-Out aus fossilen Energieträgern im Raumwärmebereich nicht möglich sein. Denn der Umstieg muss sozial verträglich gestaltet werden, um allen einen Ausstieg zu ermöglichen. Neben finanziellen Fragen sind auch technische und vor allem rechtliche Hemmnisse zu lösen. Insbesondere müssen die Rechte von KonsumentInnen im Wärmebereich wesentlich verbessert werden. Langfristig entscheidend wird sein, ob es gelingt, den Energieverbrauch in der Raumwärme nachhaltig zu reduzieren. Es bedarf also eines Bündels von flankierenden Maßnahmen, damit der Umstieg auf erneuerbare Energieträger in der Raumwärme möglich ist.

Vor kurzem wurde die erste Regierung mit grüner Beteiligung angelobt und ein neues Klima-Ministerium eingeführt. Im Regierungsprogramm findet sich auch ein gesetzlicher Stufenplan für ein Phase-Out von fossilen Energieträgern in der Raumwärme, um die Klimaziele zu erreichen. Konkret ist bei Heizöl und Kohle ab 2020 ein Ausstieg für den Neubau vorgeschrieben, ab 2021 dann bei Heizungswechsel und ab 2025 müssen Kessel, die älter als 25 Jahre sind, verpflichtend ausgetauscht werden. Spätestens im Jahr 2035 müssen alle Heizöl- und Kohlekesseln ausgetauscht sein. Analog dazu gibt es ab 2025 für Gasheizsysteme ein generelles Aus im Neubau. Auch das Gasnetz soll nicht mehr weiter ausgebaut, sondern nur mehr verdichtet werden. Explizit wird erwähnt, dass das Phase-Out sozial verträglich gestaltet werden soll.

Wie die Ergebnisse im vorigen Beitrag zeigen, sind damit aber große Umrüstungen nötig, denn Heizöl oder Kohle werden von jedem 6. Haushalt als primärer Energieträger verwendet, Gas ist Energieträger Nr. 1. Insgesamt sind vom Phase-Out 1,65 Mio. Haushalte in Österreich betroffen. Gleichzeitig bleibt das Regierungsprogramm bei der Frage,

welche Möglichkeiten an alternativen erneuerbaren Wärmeversorgungssystemen bestehen, unkonkret.

Grundsätzlich kommt im Zuge der Dekarbonisierung im urbanen Bereich der Fernwärme eine wichtige Rolle zu. Aus konsumentInnenrechtlicher Sicht ist allerdings das Fehlen ausreichender rechtlicher Schutzbestimmungen – wie sie KundInnen im Strom- und Gasbereich kennen – problematisch. Dieser Mangel betrifft die Wärmeversorgung generell, insbesondere sind die fehlende Preis- und Vertragstransparenz sowie nicht vorhandene einfache und rasche Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung zu kritisieren. Im ländlichen Raum stellen vor allem Brennholz, Hackschnitzel und Holzpellets erneuerbare alternative Heizungsformen für die Haushalte dar. Der Nachteil hier ist allerdings: Bei fehlenden Filtersystemen führt der durchs Heizen emittierte Feinstaub zu einer Belastung der Luft. Alternative erneuerbare Energieträger zur Wärmeerzeugung, wie bspw. Wärmepumpen, werden derzeit von nur etwa 3% der österreichischen Haushalte genutzt.

Weitere wichtige Komponenten, die bei der Ausgestaltung eines Phase-Out von fossilen Energieträgern nicht vernachlässigt werden dürfen, sind regionale Unterschiede sowie Eigentums- und Mietverhältnisse bzw. die allgemeine Wohnsituation (Einfamilienhaus/Mehrparteienhaus), wie im Beitrag gezeigt wurde. So ist der Umstieg auf Fernwärmesysteme in größeren Städten leichter möglich, der Einsatz von alternativen Energieträgern wegen des Platzbedarfs eher in ländlichen Gegenden (z.B. aufgrund der Lagerung von Pellets oder Hackschnitzel). Ebenso mitzudenken ist, welche Bevölkerungsgruppen wie durch das Phase-Out betroffen sein werden.

Die AK ist davon überzeugt, dass der Ausbau erneuerbarer Heizungsformen nur dann gelingen wird, wenn auf die soziale Verträglichkeit geachtet wird. Im Regierungsprogramm ist vereinbart, dass soziale Härtefälle vermieden werden sollen.



Fortsetzung – Kommentar von Sandra Matzinger & Dorothea Herzele

ABTEILUNG WIRTSCHAFTSPOLITIK, AK-WIEN

Das Phase-out für Heizöl und Kohle soll daher mit langfristig angelegten, degressiv und sozial gestaffelten Förderungen flankiert werden. Eine Maßnahme, die die AK ausdrücklich begrüßt. Denn – wie der vorige Beitrag zeigt – Heizöl wird eher in den oberen Einkommensdezilen verwendet. Haushalte ohne fest installierte Heizungssysteme sowie Kohle sind hingegen vor allem in den untersten Dezilen zu finden. Auch teure Elektroheizungen sowie Brennholz werden überdurchschnittlich in den unteren Dezilen verwendet und immerhin nützen auch 10% der allerärmsten Haushalte Heizöl als primären Energieträger. Um diesen Haushalten Lösungsmöglichkeiten bieten zu können, braucht es allerdings unterschiedliche Förderungsmodelle. Diese müssen ebenfalls durch gezielte, sozial gestaffelte Förderungen unterstützt werden. Hand in Hand mit dem Heizungstausch sind Energieeffizienzmaßnahmen zu setzen, um den Energieverbrauch nachhaltig zu senken und damit Erreichung der Klimaziele zu unterstützen. Thermische Sanierungen stehen dabei an erster Stelle.

Völlig außer Acht lässt das Regierungsprogramm die rechtlichen Hemmnisse beim Umstieg auf erneuerbare Wärmeversorgung, insbesondere im mehrgeschoßigen Wohnbereich. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang stellt das sogenannte „Wärme-Contracting“ dar, wie in einer umfassenden Studie der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahr 2016 aufgezeigt wird. Viele Bauträger nutzen dieses Contracting-Modell, um die Wohnungen zu (im Endeffekt nur scheinbar) geringeren Kosten anbieten zu können. Die Errichtungskosten für die Heizanlage (und oft noch mehr) bezahlen die MieterInnen/KäuferInnen der Wohnungen dann später über die laufenden und meist intransparenten Heizkosten. Im Falle des

verpflichteten Umstiegs auf erneuerbare Heizungssysteme könnten sich diese Modelle ausweiten und damit auch die Kosten für die WohnungsnutzerInnen.

Damit ein Umstieg auf erneuerbare Energieträger in der Raumwärme gelingen kann, fordert die AK:

- ⇒ Eine kostenlose, leicht zugängliche und unabhängige Beratung über alternative erneuerbare Wärmeversorgungsmöglichkeiten bezogen auf die jeweilige spezifische Situation der Haushalte sowie über Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Denn neben den technischen/rechtlichen Fragen hängt ein Umstieg vor allem von den finanziellen Möglichkeiten ab.
- ⇒ Die Einrichtung eines „Heizungsfonds“, um einkommensschwachen Haushalten den Umstieg von Kohle- oder Heizölheizungen auf ein sauberes Heizungssystem zu finanzieren. Lösungen sind auch für jene 16.500 Haushalte zu finden, die derzeit überhaupt keine Heizung haben.
- ⇒ Endlich Änderungen der unzureichenden rechtlichen Regelungen für die Wärmelieferung an HaushaltkundInnen durchzuführen. Dazu zählen bessere Schutzstandards, transparente Vertragsbedingungen, effektive Preiskontrollen, eine unabhängige Beratung sowie einfache Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten für KonsumentInnen. Hinsichtlich der Problematik des „Wärme-Contracting“ fordert die AK, dass im Falle der Wärmeerzeugung im Gebäude selbst (oder in unmittelbarer Nachbarschaft) der Liegenschaftseigentümer (Vermieter/Wohnungseigentümer-Gemeinschaft) immer direkt Wärmeabgeber gegenüber den NutzerInnen (MieterInnen/WohnungseigentümerInnen) sein muss und nicht ein „Dritter“.

Energie ist keine Ware wie jede andere. Ohne sie ist eine Teilhabe am modernen Leben nur sehr eingeschränkt möglich. Daher darf trotz der unbestrittenen Dringlichkeit beim Ausstieg aus fossilen Energieträgern in der Raumwärme nicht auf verteilungspolitische Aspekte vergessen werden. Es bleibt derzeit noch abzuwarten, welche konkreten Maßnahmen auf die Ankündigungen im Regierungsprogramm folgen werden. Klar ist jedoch, dass es ein Bündel an unterschiedlichen Maßnahmen braucht, um diesen Ausstieg auch tatsächlich erreichen zu können.